

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graubacher Str. 5/7, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Verteilungsliste Nr. 1002.

Volkswacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Abbestellungsgebühr: Bezugszeit bis zum 1. März 1902. Preis für den Abbestellenden 10 Pfennig. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis zum 1. März 1902 in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 192.

Dienstag, den 19. August 1902.

13. Jahrgang.

Die Partei der Gerechtigkeit.

Die Zentrumsprelle wendet sich voll Entrüstung gegen die Kritik ihrer Partei in der Wittwen- und Waisen-Versicherungsfrage. Doch so lebhaft die Entrüstung, so groß die Unfähigkeit, unsere Aufdeckung des Zentrumschwinds irgendwie abzuwehren zu können. Hier liegen die Thatsachen so sonnenklar, daß alle Verdunkelungs-Talente der Schwarzen nichts auszurichten vermögen.

Die „Germania“, das offiziöse Zentrumsblatt, versucht eine Vertheidigung, die uns überaus erschütterlich kommt, da sie die zu vertheidigende Partei, zwar wider Willen, aber doch in die Falle lockt. Die „Germania“ schreibt:

„Dem Zentrum war es heiliger Ernst mit seinem Antrage auf Verwendung der Zollüberschüsse für die Wittwen- und Waisenversorgung. Wie bei der ersten Lesung im Reichstage nachdrücklich hervorgehoben wurde, geht die Zentrumsfraktion von der Ansicht aus, daß es sozialpolitisch nicht zu verantworten ist, den breitesten Volksschichten neue Lasten, die durch die Zollrückstellungen doch unzweifelhaft eintreten werden, aufzuerlegen — wie hoch, bleibe dahingestellt — ohne daß gleichzeitig für die Mehrbelastung ein Ausgleich zu Gunsten der niederen Volksschichten herbeigeführt wird. Diesen Ausgleich glaubte die Fraktion dadurch gefunden zu haben, daß die aus den Zöllen auf die notwendigsten landwirtschaftlichen Verbrauchs-Artikel zu gewärtigenden Mehreinnahmen für die Wittwen- und Waisenversorgung der Arbeiter- und Handwerkerklassen bestimmt werden sollen. Auf der einen Seite wird man von der Nothwendigkeit überzeugt, daß der deutschen Landwirtschaft mehr als bisher durch Zollrückstellungen zu Hilfe gekommen werden müsse, auf der anderen Seite sah man vorher, daß der Konsum der Arbeiterbevölkerung unter der Zollrückhebung leiden müsse. Was lag da näher, als für die Verwendung der höheren Zollrückstellungen einen Modus zu suchen, der es ermöglichte, den niederen Schichten der Bevölkerung einen Ersatz für die im Preise erhöhten notwendigsten Lebensmittel zu schaffen? Es war eine wahrhaft sozialpolitische That, daß die Zentrumsfraktion ihren Verwendungsvorschlag einbrachte, ein Beweis, daß die Auffassung von der ausgleichenden Gerechtigkeit, wie sie bisher im Zentrum traditionell und grundsätzlich herrschte, auch heute noch lebendig ist.“

Wir sind der „Germania“ für diese Ausführungen überaus verpflichtet. Die „Germania“ erklärt hier Zweierlei. Erstens: Der neue Zolltarif belastet die breiten Volksschichten. Zweitens: Die Wittwen- und Waisenversicherung soll den Ausgleich für die Belastung bringen. So will es die „ausgleichende Gerechtigkeit“ des Zentrums.

Durch das unumwundene Geständnis der Neubelastung werden all die zweideutig jesuitischen Schliche zu nichts gemacht, durch welche die Zentrumsprelle so oft die klare Situation zu verwirren suchte.

Wagte doch noch kochen das leitende Zentrumsblatt am Rhein, die „Kölnische Volkszeitung“, die Behauptung, daß die Arbeiter mittelbar Vortheile aus den Zöllen ziehen, indem durch die Zölle die Erwerbsstände alle in günstigerer Lage sich befinden.“ Wäre diese Täuschung Wahrheit, wozu dann der berühmte — Ausgleich? Wenn das Zentrum einen Ausgleich vorschlägt, so erkennt es an, daß der Zolltarif dem Arbeiter nichts nützen kann — weder unmittelbar noch mittelbar —, vielmehr ihn schädigen muß.

Das Zentrum hat sich durch seine Politik in der Sadgasse gefangen, aus der kein Entrinnen möglich ist. Um den „Ausgleich“ zu vertheidigen, muß die „Germania“ das Bekenntnis ablegen, daß der Zolltarif die arbeitenden Klassen schädigt. Es muß bekennen, daß „neue Lasten unzweifelhaft eintreten werden.“ Es muß bekennen, daß „der Konsum der Arbeiterbevölkerung unter der Zollrückhebung leiden muß.“ Das ist das Bekenntnis des Brotwuchers!

Daß der vom Zentrum vorgeschlagene „Ausgleich“ nur eine Täuschung der Massen bedeutet, haben wir bereits nachgewiesen. Durch die Zollrückstellungen auf die Hauptgetreidearten würde der Konsum im Inlande um jährlich 1080 Millionen Mark vertheuert werden. Von dieser Beute würden erhalten

863 1/2 Millionen die Grundbesitzer,
123 Millionen der Reichsfiskus,
93 1/2 Millionen die Wittwen und Waisen.

So ist der „Ausgleich“ beschaffen, den das Zentrum vorschlägt und die Regierung ablehnt.

Politische Uebersicht.

Ein demokratischer Gemeinderath. Bei der Ergänzungswahl zum Mülhauer Gemeinderath am Sonntag ging die Liste der vereinigten Demokraten und Sozialisten durch. Gewählt wurden fünf Demokraten und sechs Sozialdemokraten. Die Zahl der abgegebenen Stimmen beträgt 5513. Die Kandidaten der vereinigten Demokraten und Sozialisten erhielten zwischen 4914 und 4718 Stimmen.

Der Mülhauer Gemeinderath zählt jetzt 18 sozialdemokratische und 18 demokratische Mitglieder, andere Parteien sind in ihm nicht mehr vertreten.

Um die sozialdemokratische Obstruktion bei den Landtagswahlen in Preußen zu verhindern, soll ein neues Wahlreglement eingeführt werden. Die „Berl. Polit. Nachr.“ schreiben:

„Man darf vertrauen, daß die Staatsregierung, nachdem der sozialdemokratische Obstruktionseffekt offen angekündigt worden ist, die nöthigen Maßnahmen, insbesondere auch durch Aenderung der Ausführungsbestimmungen, für die Wahlen treffen wird, um Obstruktionseffekten schon von vornherein die Aussicht auf Erfolg abzuschneiden.“

Es ist noch nicht zu erkennen, ob es sich hier um eine private Stillübung oder eine offiziöse Ankündigung handelt. Ueber die Tragweite solcher Reglementänderungen für die Pläne der Sozialdemokratie wird ein Aufsatz des Genossen Brubus in der nächsten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ werthvolle Aufschlüsse geben.

In der Polenfrage hat sich, wie der „Verl. Ztg.“ berichtet wird, Löhning nichts weiter zu Schulden kommen lassen, als daß er im Kreise von Freunden und Bekannten, bei privatem Gedankenaustausch mit Männern seines geselligen Verkehrs hinsichtlich des Breschener Vorfalles und des Thorer Gymnasialen-Prozesses gesagt hat: „So kommen wir nicht weiter!“ Herrn Löhning's ganze Sünde bestand darin, daß er mit dieser im engen Kreise von lauter Freunden der Germanisirung Polens angebrachten Kritik der Regierungsmaßnahmen sich selber als einen warmen Befürworter verständigere Germanisirungspolitik bekundet hat.

Das maßlos ungeschickte Vorgehen gegen Löhning hat schon bisher die Regierung arg genug bloßgestellt. Die Ausflüchte, die jetzt in der offiziösen Darstellung nach drei Wochen langem Schweigen versucht werden, sind nur geeignet, den Eindruck der Hilflosigkeit der verantwortlichen Regierungsorgane zu verstärken, meint dazu treffend die „Freisinnige Zeitung“.

Das maßlos ungeschickte Vorgehen gegen Löhning hat schon bisher die Regierung arg genug bloßgestellt. Die Ausflüchte, die jetzt in der offiziösen Darstellung nach drei Wochen langem Schweigen versucht werden, sind nur geeignet, den Eindruck der Hilflosigkeit der verantwortlichen Regierungsorgane zu verstärken, meint dazu treffend die „Freisinnige Zeitung“.

Beim Bund der Landwirthe ist nach der „Elbing. Ztg.“ die Verlegenheit augenblicklich groß, wer Nachfolger des Abg. v. Wangenheim werden soll.

„Schon aus Rücksichten des Portemonnaies“ sei die Zahl der Nachfolger des Freiherrn v. Wangenheim sehr klein. Für „lediglich“ 6000 M. jährlich wird es schwer sein, einen Nachfolger zu finden. Abg. v. Wangenheim tritt nach der „Elbing. Ztg.“ aus gesundheitlichen und pekuniären Gründen zurück, weil man — wie er sich ausdrückt — nicht von ihm verlangen könne, daß er sich auf diesem undenkbar hohen Posten mitten im Frieden fürs Vaterland opfere.

Wie die „Deutsche Tagesztg.“, das Organ des Bundes der Landwirthe, über eine Fahrenflucht in gegenwärtiger Zeit denkt, hat sie am Sonnabend Abend in einem Leitartikel, wie folgt, ausgedrückt:

„Wer jetzt die Flinte ins Korn wirft, der verläßt sich nicht nur an sich und den Seinen, nicht nur an seinem Stande, sondern auch an seines Volkes Zukunft.“ Es ist möglich, ja vielleicht wahrscheinlich, daß wir trotz aller Mühe unterliegen; aber die Schuld unserer Niederlage darf nicht bei uns liegen; man soll uns nicht lässiger Stumpfheit und thatenloser Weichheit geizen können.“

Und Wangenheim, Euer Held und Führer, geht doch!

Arbeiterentlassung Seitens des Fiskus. Aus Halle wird dem „L.-A.“ gemeldet: Der preussische Fiskus hat auf den Staßfurter Kallwerken 500 Arbeiter wegen Arbeitsmangels entlassen. Auch auf den Solvewerken in Bernburg ist die Entlassung mehrerer Hundert Arbeiter verfügt. Sämmtliche Kallwerke waren bis Ende Juni mit Aufträgen überhäuft; der Zusammenbruch der Konjunktur ist überraschend gekommen.

Der Großherzog von Oldenburg will Zulage haben. Oldenburgische Blätter verzeichnen das ziemlich bestimmt auftretende Gerücht, daß der Großherzog von Oldenburg vom Landtage eine abermalige Erhöhung der Zivilliste um jährlich 55 000 Mark und außerdem für einen Salonwagen 80 000 Mark verlangen werde.

Zum Kapitel „Schulpaläste“ in Ostpreußen erhält die „Königl. Hartung'sche Ztg.“ aus Drengrunz von glaubwürdiger Seite folgenden Beitrag:

Ein verhängnisvolles Schulhaus befindet sich in dem benachbarten Gute Jaglad. Schon seit Jahren ist es außerst

Die Falkner von St. Vail.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tyrol von Robert Schmeichel.

164) Die Erinnerung war kein Unrecht mehr, seitdem der Tod sie von Jerg befreit hatte. Es bedurfte der Zeit, bis ihr von der Ehe mit ihm windgebräutes Gemüth sich erhob, und der Gedanke an Wolf, welchen sie bisher von sich abgewehrt hatte, erhob sich mit ihm. Sein Name kam nie über ihre Lippen. Sie gedachte seiner wie eines geliebten Todten, und die Liebe zu ihm, die ihr ganzes Wesen mit einer milden Wärme erfüllte, kam nicht allein den Jhrigen zu Gute. Die Kämpfe für die Unabhängigkeit Tyrols hatten in dem ganzen Thale viel Unheil und Noth und Elend erzeugt. Es gab überall zu trösten und zu helfen, und Visei, die durch den Tod Jerg's eine wohlhabende Frau geworden, half und tröstete so viel wie konnte.

Wie auf Fledermausflügeln schwebte die Zeit hin. Der Klosterbauer studierte nicht mehr in seinen Schuld- und Hypothekenscheinen, sondern hatte sie in den Kästen geschlossen und wartete geduldig ab, was die Zukunft an seinem Gutthaben bessern würde, während in der Schneidemühle seine Tochter von früh bis spät thätig war. Er wollte nicht mehr von den Renten als Klosterbauer angerebet werden. Er hieß Falkner und meinte, daß er Ursache hätte, auf diesen Namen stolz zu sein.

Auch Ambros war auf seinem Posten fleißig. Er mußte hart schaffen; denn der Dhm war seit seiner Krankheit kaum noch arbeitsfähig. Aber er ließ es sich gern sauer werden, ließ doch sein Schwelger für Stasi und die Zukunft — für die Zukunft, die ihm von den Armen Stasi's entgegenlachte, wann er müde vom Feilde heimkam. Nun war der alte Dhm, der sich über die Rücksichtslosigkeit seines Neffen nicht mehr zu beklagen hatte, doch wieder recht müde. Eine gebildigere Kinderkammer als ihn konnten sich die Eltern nicht wünschen, und er hatte an dem Wüchlein wieder einen Despoten.

Dennoch war es, als ob über Ambros' Glück ein leichter Flor läge. Das war der Gedanke an das Vaterland. Wenn er einmal mit seinen früheren Wassergefährten im „Stern“ saß, da sprachen sie von Tyrol und von Poser und tranken das Gedächtniß Pater, die für das Vaterland gelitten und gestorben. Sollte es für sie keinen Ostermorgen geben? Die Postnung auf einen solchen mochte das Gerücht erregt haben, von dem Meister Hartwanger eines Tages flüsternd berichtete, Poser wäre gar nicht von den Franzosen erschossen worden, sondern biete sich im Auslande verborgen und würde wiederkommen, wann es Zeit wäre, das Joch der Fremdherrschaft abzuwickeln. So hätte er auf seinen Wanderungen die Leute erzählen hören. Das Gerücht fand auch im Enneberger Thale vielen Glauben und erwarnte die Herzen.

erzählt hatten, so wurden jetzt zu dem Surren der Spinnräder Geschichten von der Rettung und Wiederkehr des bärtigen Andra und seiner treuen Genossen erzählt.

Es schloß auch nicht an günstigen Anzeichen, besonders als jetzt ein Winter von solcher Strenge kam, wie ihn noch Niemand erlebt hatte. Die Vögel fielen tot aus der Luft und das Wild kam am hellen Tage aus dem Baumwalde und von den Bergen zu den Wohnungen der Menschen, um seinen Hunger an den Abfällen zu stillen und dem Futter, das ihm hingestreut wurde. Die Fichtenstämme in der Bruckia barsten Nacht mit einem Knalle, gleich einem Kanonenschusse. Es war wie ein Schießen in der Schlacht anzuhören, und die Geisteskräfte veränderte die Freiheitskämpfe.

Da kamen eines Tages zwei Wanderer das Thal herauf. Der Eine trug einen verschliffenen bayerischen Soldatenmantel, der Andere einen zerlumten Varnernmantel, und ein hageres, wachselbes Gesicht mit schwarzen Augen und schwarzem Schnurr- und Knebelbart schaute unter dem wollenen Frauentuche hervor, das ihm als Kopfbedeckung diente. Mühsam schleppte er sich an einem Stöckel weiter und dann und wann griff ihm sein rüttiger Gefährte hilfsreich unter den Arm. Sie kamen zum „Stern“ und es war Muttschleitner wohl nicht zu verargen, wenn er die Gäste, die ihn nur in Nachtlagerbaten, mit Mißtrauen betrachtete.

„Fahnen können wir Beide freilich nicht“, sagte der im Soldatenmantel, welcher den Sprecher machte, „aber Ihr werdet zwei Landleute nicht unter freiem Himmel erfrieren lassen. Ich hatte gehofft, meine Schwester im Ort zu finden, aber ich hab' schon in Waldrad gehört, daß sie nicht mehr hier ist und daß ihr Mann tot ist. Ich bin der Schwager von dem Müller Krigana, der Bigo, den die Bayern unter die Soldaten gestellt haben. Gab' in Spanien sechsten müssen und jetzt kommen wir Beide aus Rußland.“

„Heilige Mutter Gottes, aus dem schrecklichen Rußland“, riefen Frau Muttschleitner und Weideli, die dazu gekommen waren, aus einem Munde und Afra's Bruder sagte:

„Ja, von dem ungeheuren Kirchhof. — Aber helfet mir meinen Kameraden in ein Bett bringen, derweilen erzähl' ich Euch, wer er ist.“

Er rief Muttschleitner's und der Frauen Mitleid nicht vergebens an und nachdem sein völlig erschöpfter Leidensgefährte zur Ruhe gebracht worden, warf Frau Muttschleitner ein Tuch über und tief nach der Pforte. Denn der Unglückliche war der lang verschollen gewesene Sohn der Frau Carlotta Eufona.

Die stille Hoffnung der bona Richina war nun wohl erfüllt, doch würde sie sich bald gefehen, daß der Verlorene sich nimmermehr erholen würde. Zu Schrecklichem hatte er auf dem Rückzuge aus Rußland erdulden müssen, als daß selbst die sorgsamste Pflege der Mutterliebe dem erschöpften Organismus frische Kräfte einzuführen vermocht hätte. Er war der Mutter nur wiedergegeben, um in ihren Armen zu sterben.

danke, daß sein letzter Wunsch erfüllt wurde und er noch einmal seine kleine Mutter wieder sah.

Während diese mit einem Schwert im Herzen den Sohn in die Arme schloß, erzählte Bigo unten in der Schankstube, nachdem er sich erwärmt und durch Speise und Trank gestärkt hatte, Muttschleitner und seinen Gästen, deren die Neugierde immer mehr herbeilockte, von der furchtbaren Vergeltung, welche den stolzen Napoleon's in den unwirthlichen Steppen Rußlands ereilt und sein ungeheures, aus allen Völkern des Festlandes gebildetes Heer vernichtet hatte. Seinen Zuhörern sträubte sich das Haar bei seinen Schilderungen der Leiden und des Elendes dieser rastlosen Flucht vor der entsetzlichen Kälte, dem Hunger, dem erbarmungslosen Feinde, der rachebürstenden Bevölkerung.

„Herr Gott, Dich loben wir; Du bist gerecht!“ rief Muttschleitner aus tiefstem Herzen.

„Amen!“ tönte es feierlich durch die Stube. Die Tage der Schmach waren vorüber und eines Tages brachte Muttschleitner aus Brennd ein neues Lied mit. Sei, wie braunste da zu den Klängen der Fithr der Männerchor:

Das Volk steht auf, der Sturm bricht los,
Wer legt noch die Hände feig in den Schooß?
Wai über Dich Buben hinter dem Ofen,
Unter den Schranzen und unter den Josen!
Bist doch ein ehelos erbärmlicher Wicht,
Ein deutsches Mädchen läßt Dich nicht,
Ein deutsches Lieb errettet Dich nicht,
Ein deutscher Wein erquickt Dich nicht.
Stoßt mit an,
Mann für Mann,
Wer den Flammberg schwingen kann!

Da sagte Ambros sein Weib in seine Arme und sagte: „Derliebster Schatz, jetzt muß ich Abschied nehmen, der Poser ruft!“

Stasi blinnte ihn mit ihren schönen braunen Augen erschrocken an und sagte:

„Du willst wieder in den Krieg? Willst mich und die Kinder verlassen?“

„Für's liebe Vaterland muß ich in den Kampf ziehen“, entgegnete er mit weichem Ernst. Der ewige Ruhesünder muß vom Thron herunter; der Geist Poser's wird uns führen!“

Stasi klagte nicht länger; sie unterdrückte ihren Schmerz und er küßte sie, seinen Buben und ein Kleines, das noch an der Mutter Brust lag, mit voller Liebe, nahm seinen Stutzen von der Wand und zog davon.

Herr Jengerl las fleißiger als die Zeitungen und in dem Herzen mußte er lebhaft sein. Ein allezeit vermittelnder Herr, der zwischen dem Stand und den Köpfen erst

baufällig. Der zuständige Kreisarzt bezeichnete das altertümliche Gebäude als gesundheitsgefährlich. Darauf beschloß der Kreisbauinspektor aus Rastenburg und erklärte das Schulgebäude für „tadellos“. Auf eine nochmalige Beschwerde des Lehrers beschloß ein 10 Mitglieder bestehendes Ausschuss, um das Schulhaus einzureißen und zu erneuern. Trotz Warnung des Lehrers betrat der Herr die Decke des morschen Bodens. Raum hatte er einige Schritte getan, als mit lautem Schall ein Teil der Decke ins Schlafzimmer herabstürzte und der Vaurath in der durchbrochenen Stelle stecken blieb; er konnte erst mit Hilfe des Lehrers aus dieser gefährlichen Situation befreit werden. Ob der Herr Kreisbauinspektor nun auch noch sein Urtheil nach dem „tadellosen Durchfall“ des Herrn Vauraths aufrecht erhalten wird?

Gegen die Antipolenpolitik der preussischen Regierung haben am Sonntag in Berlin mehr als 2000 Polen eine Protestkundgebung veranstaltet. Ein Redakteur erklärte in seinem Referat, daß die Polen immer mehr zur Einsicht kämen, daß alle deutschen Parteien, das Zentrum so gut wie die Freisinnigen und Sozialdemokraten, ihre Gegner seien. Der Polenfraktion im Reichstag und Landtag wurde zum Vorwurf gemacht, daß sie sich als unabhängig erwiesen habe. Ihre Mitglieder seien Streber und unbeholfene Idioten. Preußen werde früher von der Landkarte verschwinden, ehe es ihm gelinge, die Polen zu germanisieren. Zustimmung wurde gegen die Antipolenpolitik der Regierung angenommen, welche den Verkauf polnischer Landes an die Aufstellungskommission für einen Vertrag an der polnischen Nation erklärte.

Zum Fall Vöhsing wird der „Frankf. Jg.“ aus München über einen sehr bedeutenden, seit mehreren Jahren nicht mehr unter den Lebenden weilenden Staatsminister berichtet, dessen mit Recht hochangesehene Wittiv Kimmerwälden gewesen ist und aus einer Adelsfamilie stammt. Sie war, bevor sie den Minister ehelichte, die Wittiv eines bedeutenden Großindustriellen, bei dem sie Zimmermädchen gewesen war, und der sie in zweiter Ehe geheiratet hatte. Ein aktiver General heirathete seine Köchin, er blieb aktiv.

Schon wieder? Beim Kassiren der russischen Grenze in Mlawa wurden, wie der „Königsb. Post.“ aus Mlawa geschrieben wird, am Donnerstag zwei aus der Schweiz kommende Studenten verhaftet, die eine Anzahl nihilistischer Schriften mit sich führten. Dieselben waren in Doppelböden und Zwischenwänden der Reisefloster versteckt; zur Entdeckung führte ein Anschlagsternalbum, zwischen dessen Blättern sich einige Exemplare der in fünf Sprachen überlegten Schriften befanden.

Ausland.

Die Persönlichkeit des Attentäters auf den Fürsten Tscholenski ist noch nicht festgestellt. Er verschleierte seinen wahren Namen und gehört, wie aus seinen Antworten zu erhellen ist, den gebildeten Klassen an und ist nach der Annahme der Regierung ein Mitglied der „Revolutionärpartei“, deren Arbeit bei den Panemarmirischen Fürst Tscholenski mit Energie zu unterdrücken versucht.

Die Schließung der Klosterschulen in Frankreich. Major Veroy Ladurie, welcher den Befehl erhalten hatte, mit einem Detachement des 19. Infanterie-Regiments die Schwestern von Douarnenez zu verhaften, beweiagerte den Gehorsam und wurde in Arresthaft genommen. In Verneux halten, nach der „Schle. Zeitung“, mehrere tausend Bauern die Schule besetzt. Der Eingang wurde durch Wassergräben, Barricaden u. verschängt, die Mauern wurden durch Matten und Stacheldräht geschützt. Die Gendarmerie wurde wiederholt zurückgetrieben und mußte ihre Veruche schließlich unterbrechen.

Die Schließung der Normenschule in Douarnenez erfolgte nach heftigstem Widerstande der Landleute. Der Polizeikommissar drohte, die Barricade mit Dynamit zu sprengen. Als der Schiesser das Thor gewaltsam öffnen wollte, wurde er von den Bauern mit Urin und brennendem Stroh beworfen. Die Soldaten mußten eine Bresche in die Mauer schlagen. Die Klosterschwestern verließen sodann die Schule. Die Bevölkerung gab ihnen unter Muth und Vorantreibung von Fahren das Geleit.

Eine große Anzahl von Bürgermeistern ist ihres Amtes entsetzt worden, theils weil sie die Maßnahmen der Regierung kritisierten, theils weil sie ihre Mithwirkung bei der Ausführung der Gesetze verweigert hat.

In den Provinzen werden, um den Schülern der geschlossenen Kongregationschulen Platz zu schaffen, zahlreiche öffentliche Schulen eingerichtet. So hat man im Dniep-Departement allein 18, in dem Departement der hohen Vordünen 17, in Toulon 4 neue Volksschulen eingerichtet.

Bei einer Parlamentswahl in Toulouse wurde der Maire von Toulouse, Serres radikaler Sozialist, mit 8461 Stimmen zum Deputirten gewählt. Der Gegenkandidat Sabat (Progressist) erhielt 3915 Stimmen.

Die Purgengenerale in Ungarn. Mit dieser überausmerkwürdigen Purgierung und die Purgengenerale De Wet, Botba und

Delarey am Sonnabend bei ihrer Ankunft in London vom englischen Publikum begrüßt worden. Der Empfang der tapferen Gegner war ausnehmend ebenbürtig, wie der, welcher Roberts und Fitzhener bei ihrer Abreise bereitete worden ist, und das Londoner Publikum ließ sich in dieser Begrüßung der Burensführer auch durch deren reservierte Haltung nicht zurückdrängen. Ein gut Theil Neugierde und Sensationslust werden allerdings auch das Ihrige dazu beigetragen haben.

Die Generale wurden bei ihrer Ankunft in Southampton von Roberts und Fitzhener empfangen und zu der Nacht gelistet, die sie zu der königlichen Nacht in Cowes brachte. Als die Generale diese befolgten, ging der König ihnen entgegen und brückte jedem die Hand. Hierauf wurden die Generale auch von der Königin und der Prinzessin Victoria empfangen und unternahmen darauf eine Rundfahrt um die Flotte.

Zu den Unruhen in Mittelchina berichtet nach einer „Neuer.“ Meldung aus Peking der Vizekönig von Szechuan, die kaiserlichen Truppen hätten das Hauptquartier der Aufständischen bei Juchawan am 12. d. M. angegriffen und etwa tausend getödtet. Der Führer der Rebellen, Tonguhung, sei gefangen genommen und hingerichtet worden.

Partei-Angelegenheiten.

Die Kreis-Konferenz für den Wahlkreis Prenzlau-Angermünde fand am 17. August in Schwedt a. O. statt. Anwesend waren 11 Delegirte, der Kandidat des Kreises, Genosse Dr. Vorchardt und von der Agitations-Kommission Genosse Dimmid. Im Kreise besaßen an fünf Orten Organisationen mit 247 Mitgliedern.

Auf dem Parteitage in München wird der Kreis durch seinen Kandidaten, Genossen Vorchardt, vertreten werden.

Eine von etwa 3000 Personen besuchte sozialistische Wählerversammlung in Nürnberg stellte als Reichstags-Kandidaten wieder den jetzigen Abgeordneten Dr. Surdum auf.

Ein Kreisitag für Halle und den Saalkreis, der durch Vertreter von 20 Ortlichkeiten besucht war, fand am Sonntag statt. Bei dem Bericht der Vertrauensmänner wurde besonders über Saal-Abtreiberelien Lage geföhrt.

Ueber die Thätigkeit des Reichstages referirte der Abgeordnete des Saalkreises, Genosse Fritz Kunert. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage wurde eine Resolution angenommen, in der man sich mit der Thätigkeit des Genossen Kunert im Reichstags vollständig einverstanden erklärte. Einstimmig wurde dem Genossen Kunert für die Neuwahlen des nächsten Jahres die Kandidatur für den Saalkreis übertragen.

Arbeiterbewegung.

Ein gutes Beispiel. Da auf dem diesjährigen Gewerkschaftskongresse das leidige Kapitel der Gebietsabgrenzungen auch wieder nicht befriedigend erledigt wurde, ist es jedenfalls mit Freuden anzusehen, wie der Holzarbeiterverband auf diese Frage geregelt hat. In dem Leitfaden für die Lokalverwaltungen ist nämlich die strikte Anweisung enthalten, daß Angehörige solcher Berufe der Holzindustrie, für welche besondere Organisationen bestehen, auf keinen Fall in den Holzarbeiterverband aufgenommen werden dürfen, sondern stets an ihre eigenen Organisation zu verweisen sind. Hier wird also bewiesen, daß diese Frage wohl geregelt werden kann, wenn nur bei den einzelnen Organisationen der gute Wille dazu vorhanden ist, wo der mangelte, kann allerdings auch kein Kongress etwas Günstiges schaffen. Die Befolgung des von den Holzarbeitern gegebenen Beispiels wäre einer ganzen Reihe anderer Verbände sehr zu empfehlen, damit ein recht häßlicher Streitpunkt aus der deutschen Arbeiterbewegung verschwindet.

Vom Hamburger Trotschkenführerstreit. Schon am Sonntag blieben für Verhandlungen die Leichenwagen aus, das Gefolge mußte nach Ohlsdorf die Straßbahn benutzen. Große Beschärung herrschte am Sonntag auch im Hause einer Frau, als der Führer sich weigerte, die Hochzeitswagen zu stellen. Das Brautpaar und die ganze Hochzeitsgesellschaft mußten schließlich in vollem Staat den Weg zur Kirche zu Fuß machen.

Die Kölner Maurer beschließen, sich mit den Bauhilfsarbeitern solidarisch zu erklären und Montag überall die Arbeit einzustellen, wo die Forderungen der Hilfsarbeiter nicht bewilligt wurden. Die Organisationen der Zimmerleute und Stullenteile erklärten sich bereit, an den gestörten Bauten auch die Arbeit einzustellen. Ein Teil der Unternehmer hat die Bewilligung zurückgezogen. Dort ward Montag die Arbeit nicht aufgenommen. Die Baugewerksinnung beschloß erneut, erst von April 1903 an die Forderungen zu bewilligen. 1700 Maurer haben die Arbeit eingestellt.

Bericht

über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Ein weitere von uns eingebrachte Interpellation betraf Versuch der Deutscher Polizeibehörde, das

Deutscher Arbeitersekretariat

als Gewerbebetrieb zur Anmeldung zu zwingen. Wir haben in Vorgehen der Deutscher Polizeibehörde gegen den Arbeitersekretariat Dr. Winter in Deutscher, der mit Geldstrafen bedroht worden war, um ihn zur Anmeldung des Arbeitersekretariats Gewerbebetrieb zu zwingen, einen Verstoß gegen den klaren Wort der Gewerbeordnung. Der Vorgang erschien uns von prinzipieller Bedeutung, weil das Deutscher Beispiel leicht auch für die von Arbeitern begründeten Sekretariate in anderen Orten von schlimm Folgen hätte sein können. Der Staatssekretär Posadowski darauf die Erklärung ab, daß er nach den Vorgängen in Deutscher sofort an den preussischen Justizminister gewandt habe. Dagegen habe die Deutscher Anklagebehörde angewiesen, von einer Strafverfolgung abzusehen. Der Justizminister habe am 15. Januar 1902 an sämtliche Staatsanwälte eine Verfügung dahin erlassen, daß die von den Gewerkschaftsstellen richteten Arbeitersekretariate nicht als Gewerbebetriebe anzusehen und daher nicht dem § 35 der Gewerbeordnung unterliegen. Nach dieser befriedigenden Erklärung konnten wir von weiteren Besprechung der Interpellation Abstand nehmen.

Eine Interpellation der Reichsparteiler Arendt u. Gen. beschäftigte sich mit der

Beihilfe für die Kriegsinvaliden.

Da sich der Reichstag alljährlich mit dieser Sache befaßt, so beschloß in allen Fraktionsberichten darüber geschrieben worden kann sie hier kurz behandelt werden.

Die Regierung erwiderte auf die Interpellation, welche rechtsstehenden Parteien immer mit großem Eifer unterstützen, die der Stimmung in den Kriegereinstreitern, die sie bei Wahlen nötig haben, Rechnung tragen müssen, daß ihr Wohlwohle keine Grenze habe in den verfügbaren Mitteln. Diese fehlten an der Reichstag verhalte sich den Steuerplänen der Regierung gegenüber ablehnend.

Von unfremem Redner wurde dem und den Agitationsredner Gegner gegenüber wieder auf den Antrag hingewiesen, den wir selber gestellt hatten, den Kriegsteilnehmern die bewilligte und über die „wegen Mangels finanzieller Mittel“ zur Auszahlung verweigerte jährliche Beihilfe von 120 Mark auf 160 Mark zu erhöhen. Damals aber hatte die Regierung gesagt, mit 120 Mark pro Jahr könne man ein zwar bescheidenes, aber doch von der öffentlichen Wohlthätigkeit unabhängiges Leben führen. Und die Konstantinen hatten gesagt, Leute mit 120 Mark baarem Gelde würden von den kleinen Leuten auf dem Lande gern aufgenommen. Unser Standpunkt sei: Geld für die Veteranen sei genügend vorhanden, wenn der Reichstag nur die überflüssigen Ausgaben nicht bewilligt möchte.

Am 20. Januar d. J. nahm dann übrigens der Reichstag einstimmig einen von allen Parteien unterstützten Antrag an, durch welchen die Regierungen ersucht wurden, „durch einen Nachtrag zum Reichs-Haushaltssatz für das Rechnungsjahr 1902 die Auszahlung aller auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1895 bewilligten Beihilfen an Kriegsteilnehmer vom 1. Januar 1902 ab herbeizuführen“. Die dergestalt im Nachtragsetat eingeführte Summe beträgt 1,300,000 Mark.

Durch eine Interpellation der Polen kamen die

Vorgänge in Warschau

im Reichstags zur Besprechung. Das Verhalten des Reichstagsentsprechend dabei dem Standpunkte, den er im preussischen Abgeordnetenhaus in der Polenpolitik eingenommen hat. Nach einer längeren Erklärung des Inhalts, daß er sich an der Besprechung der Interpellation nicht beteiligen werde, und daß er auch fernhin dafür sorgen werde, daß das Deutschthum im Osten nicht unter die Räder kommt“ — also die preussische Polenpolitik in hergebrachter Weise fortgesetzt wird —, verließ er an der Spitze sämtlicher Mitglieder den Saal.

Polen und Zentrum wetteiferten in der Fürsorge für die polnische Bevölkerung im preussischen Osten. Haben doch die Polen im preussischen Abgeordnetenhaus wie auch im Reichstag, und hat doch auch das Zentrum bei den Wahlen die polnische Bevölkerung nötig. Das hindert aber weder die Polen noch das Zentrum, in allen sonstigen Fragen in der schlimmsten Weise gegen die Interessen der auszubeuteten polnischen Arbeiterbevölkerung zu händigen. Nur in ihrer nationalpolitischen Opposition gegen die Regierung trennen sich die Polen des Reichstags von der Mehrheit, weil es ihr persönliches Interesse erfordert. In allen übrigen Fragen sind sie ebenso reaktionär wie der schlimmste preussische Junker und halten auch auf einen intimen gesellschaftlichen Verkehr mit diesen. Die polnische Bevölkerung bedarf daher eines anderen Anwalts, den mit der polnischen Arbeiterschaft vor allen Dingen das Klasseninteresse verbindet. Als dieser er-

Aus aller Welt.

Feuer brach in dem am 14. d. Mts., Abends, von Frankfurt a. M. nach Hamburg abgehenden P. Zuge in der Nähe der Station Elze aus. Die eine Wagenbeste brannte plötzlich lichterloh. Das Fahrpersonal war auf ihrem Posten; die Waggenträger zog sofort die Notbremse. Der Zug stand alsbald, und das Feuer war innerhalb 15 Minuten gelöscht. Verletzt wurde Niemand. Das Feuer ist vermutlich durch Funkenwurf der Lokomotive entstanden.

Eine Scheidung ist im Landesherr Amtsgerichts-Gefängnis vorgenommen worden. Der Arbeiter Sieber und die Wälderin Topp, die beide eine wegen gemeinschaftlichen Betrugs über 10 verhängte längere Gefängnisstrafe zu verbüßen haben, waren die Brautleute. Die handsamliche Zeremonie, zu welcher ein Gefängniswärter und ein Gerichtsdirektor als Zeugen dinsten, wurde von dem Landesherrn beobachtet vollzogen. Der junge Ehemann wurde sofort wieder in seine Zelle zurückgeführt, während die junge Frau die Hochzeitsfeier in Begleitung eines Polizeibeamten nach Kiel antreten mußte, wofür die den Rest ihrer Strafe zu verbüßen hat.

Gegen die Straßenbeleuchtung mit Gaslampen richtete sich ein Artikel, der am 20. März 1899 in der „Köln. Jg.“ als eine unheilvolle Pläne verurtheilt wurde und den die heutige Welt mit lebendigem Interesse lesen dürfte. Der Abschluß lautet:

Schädlichkeit der Straßenbeleuchtung. In einem öffentlichen Blatt ließ man folgende Gründe gegen Straßenbeleuchtung: Jede Straßenbeleuchtung ist verwerflich

1. aus theologischen Gründen: weil sie als Eingriff in die Ordnung Gottes erscheint. Nach dieser ist die Nacht zur Fortschritt angelegt, die nur zu gewissen Zeiten vom Mondlicht unterbrochen wird. Tageszeiten dürfen wir uns nicht annehmen, den Weltplan nicht bestimmen. Die Nacht nicht in Tag verkehren wollen;

2. aus juristischen Gründen: weil die Kosten dieser Beleuchtung durch eine indirekte Steuer aufgebracht werden sollen. Warum soll dieser und jener für eine Einrichtung zahlen, die ihm gleichgültig ist, da sie ihm keinen Nutzen bringt und ihn gar in manchen Verwirrungen führt?

3. aus medizinischen Gründen: die Gelb- und Gasanstrahlung wirkt nachtheilig auf die Gesundheit schwächlicher und gestörter Personen, und legt auch dadurch zu vielen Krankheiten den Stein, indem sie den Leuten das nächtliche Verweilen auf den Straßen leichter und bequemer macht und ihnen Schnupfen, Husten und Erkältung auf den Hals zieht;

4. aus philosophisch-moralischen Gründen: die künstliche Helle verstreut in den Gemüthern das Götterbild vor der Finsterniß, das die Schwachen von mancher Sünde abhält. Diese Helle macht der Trinker süßer, daß er in Bethäuben bis in die Nacht hinaus schwelgt, und sie verurtheilt verlebte Paare;

5. aus politischen Gründen: sie macht die Straßenszenen und die Polizeiszenen

aus haatzwirtschaftlichen Gründen: für den Leuchtmittel Gelb oder Streinoblen geht jährlich eine bedeutende Summe ins Ausland, wodurch der Nationalreichthum geschwächt wird;

7. aus volkshygienischen Gründen: öffentliche Feste haben den Zweck, das Nationalgefühl zu erwecken. Illuminationen sind hierzu vorzüglich geeignet. Dieser Grund wird aber geschwächt, wenn derselbe durch allnächtliche Nacht-Illuminationen abgemindert wird. Daher paßt sich der Landmann weder in dem Lichtglanz als der lichtgeliebte Großhändler.

Es hat denn auch noch 50 Jahre gedauert, ehe Köln Straßenbeleuchtung erhielt.

Tubus-Epidemie. Der „Kölnischen Volksz.“ zufolge hat die Tubus-Epidemie in Paderborn in letzter Zeit größere Ausdehnung genommen. Täglich werden durchschnittlich 15 Fälle gemeldet. Zur Unterbringung der Kranken werden Baracken errichtet.

Eisenbahnunfall. Am Karlsruher wird amlich gemeldet: Als Vormittags 10 Uhr 12 Min. der Paris-Wiener Schnellzug den hiesigen Hauptbahnhof verließ, fuhr ihm eine Rangiermaschine in die Seite. Der Wagen Nr. 100000 wurde vollständig aus dem Gleise gehoben. Ein Personenwagen wurde zertrümmert, ein Schaffner ist schwer, von den Reisenden Niemand verletzt. Der Materialschaden ist unermesslich. Der Schnellzug konnte nur anderthalbstündiger Verspätung die Fahrt fortsetzen. In Folge der Verletzung nach dem Ausfall der Lokomotive dauerte die Waggänge eine halbe bis eine Stunde Verspätung.

Neue Touristenunfälle. Am Wetterhorn wurden am Freitag, wie aus Grindelwald telegraphisch berichtet wird, zwei englische Touristen mit zwei Führern von einer Felskluft herabgeworfen. Ein Engländer und ein Führer wurden getödtet, der andere Engländer ist, der zweite Führer schwer verletzt. Aus Salzburg wird berichtet: Der in Hallein wohnhafte gewisser Alois Kratzer, ein 50 Jahre alter Mann, ist in Windischthurn beim Edelweissuchen abgestürzt. Kratzer war ein passionierter Tourist und wagte sich zu weit vor. Ein Felsblock, den er ausgerechnetem Schicksal tödtet liegen.

Ein Wolf überfall. Wie aus Jülich berichtet wird, auf einer Weide bei dem Dorfe Kolvenz war ein junger Knabe im Alter von 19 und 18 Jahren am 18. d. Mts. von einem schwarzen Schäferhund. Mit Äußerungen bewarnt, wagten die Knaben den Kampf mit dem Wolf, wurden aber von demselben getödtet.

Gaut berührten, ließen sie schmerzhaft Flecken zurück. Im Pichte der Nachmittagssonne gesehen, glimmerte der Boden von Milliarden Thierchen, als ob er mit unzähligen, kleinen Glasplättchen bedeckt wäre. Es wurde festgestellt, daß es geflügelte Ameisen sind, die sich hier niedergelassen hatten.

An ein nicht freies Gesicht stieß bei den großen Manövern in der Nähe von Kurhaven ein Pionier beim Zuschütten eines Schanzengrabens mit seinem Spaten an, wobei es sofort explodirte und dem Soldaten ein Bein wegriß. Der Pionier ist bald darauf seinen Verletzungen erlegen.

Eine Springfluth wir aus Apacca am Golfe von Kalifornien gemeldet. Mehrere hundert Personen sind dabei umgekommen oder schwer verletzt worden. Der Materialschaden wird auf 50,000 Dollars geschätzt. Ein unterseeisches Erdbeben wird als Ursache der Springfluth betrachtet.

Von der russischen Volkszählung wissen die „Tomsk.“ folgende Merkwürdigkeit zu berichten: In Tomsk wurden sämtliche Wagen, die die Ergebnisse der Zählung von 1897 enthielten, auf einem Gange des Kameralhofes in losem Saufen aufbewahrt. Die Beamten hielten das viele Papier für Material und benutzten es demgemäß zum Einwickeln. Einer von ihnen kam aber auf den Gedanken, die „unwürdigen“ Papiere zu verwerten und verkaufte sie in einem Krämmer als Einwickelpapier. Durch einen Zufall gelangte nun ein Blatt des wertvollen Papieres in die Hände eines Sachverständigen, der die Sache weiter verfolgte. So kam die geschätzliche Thätigkeit jenes übrigen Kameralhofbeamten ans Licht: die Staatsanwaltschaft schritt ein und erhob Anklage wegen Urkundendiebstahls. Das heißt sie verurtheilte den Angeklagten jedoch nur wegen einfachen Diebstahls. Jetzt versucht man das widerrechtlich verkaufte Papier wieder einzuziehen, allein es stellte sich heraus, daß eine große Menge der Wagen unwiderruflich verloren gegangen war. Es ist klar, daß der noch vorhandene Rest nicht mehr den geringsten Werth für die Volkszählung hat.

Litteratur.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 45. Heft des 20. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Riesenstreit der galizischen Bauern. Von S. Haeder (Kraus). — Zur Frage der Proportionalwahl. Von G. Haeder. — Zur Schulfrage. Von J. Witt, Lehrer in Brüssel. — Das Müllergewerbe. Von G. Haeder. — Literarische Anzeigen: Eduard Castelle, Nikolaus Kanan. Th. G. Malarik, Die Kunst der Humanität. Von Otto Fohl. Hugo v. d. Balten, Rüstung und Proletariat. — Fenilleton: Maurice Maeterlinck. Von Henriette Roloff Holt.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 25 Pf. pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

wies sich auch in der Polendebatte wiederum die Sozialdemokratie. Unsere Fraktion sah in ihrer Kritik der Breschener Schulaffäre und dem was ihr folgte, den Hauptverursacher und den schweren Freiheitsstrafen, als Kern: den verurteilten Verurteilten. Der Versuch einer Majorität, einer sprachlichen Minorität ihre Sprache aufzugeben. Wir verlangten Sprachtoleranz so gut wie Regierungstoleranz, denn die Kenntnis der Muttersprache sei die Grundlage aller Bildung. Im Uebrigen zeigte unser Redner an den Beispielen schwerer Verurteilungen unserer in der Parteibewegung stehenden polnischen Genossen, wie wir ganz besonders unter dem System zu leiden hätten. Unser Redner schloß mit dem Hinweis, daß die Lösung der polnischen Frage erst erreicht werde mit dem Erwachen des Klassenbewußtseins des polnischen Proletariats und seinem Anschluß an das Proletariat aller Länder. Das sei zugleich die Lösung der Nationalitätenfrage in ihrer Gesamtheit, denn für das Klassenbewußte Proletariat gäbe es keine Nationalität.

Diese Ausführungen begleitete der Chorus unserer „nationalen“ Gegner theils mit Rufen theils mit Hohnrufen, und bewies so am besten, wie wenig er überhaupt die Dualifikation besitzt, die Nationalitätenfrage im Osten zu lösen.

Das bekannte Duell zwischen dem Leutnant Blaskowicz und Hildebrandt zu Insterburg war die Veranlassung zu der national-liberalen

Duell-Interpellation.

Der Vorgang war bekanntlich der, daß der Leutnant Blaskowicz im Rauch den Leutnant Hildebrandt, der ihn gemeinschaftlich mit dem Leutnant Kaschnitz aus einer Thürde, woselbst er zur Nachtzeit betrunken hatte, nach Hause brachte, im Hausflur seiner Wohnung nach einem Wortwechsel und im Trünke einen Schlag gab. Dadurch war dem Leutnant Hildebrandt eine jener Verletzungen zugefügt, die nach dem militärischen Ehrbegriff nur „mit Blut abgewaschen“ werden können. Die Folge: ein Zweikampf; Blaskowicz, der übrigens kurz vor seiner Verurteilung stand, blieb tod auf dem Platz. Hildebrandt erhielt 2 Jahre Festung.

Dieses Duell hatte die so allgemein Erregung hervorgerufen, daß die bürgerlichen Parteien gar nicht anders konnten, als es zum Gegenstand einer Besprechung zu machen. Unsere Fraktion nahm den einzig richtigen Standpunkt ein, indem sie den Erlass einer kaiserlichen Verordnung verlangte, wonach der Zweikampf unter Offizieren unter allen Umständen verboten sei. Dann würden die Ehrengerichte sich wohl erst bestimmen, bevor sie ein Duell für unvermeidlich erklärten. Und mit dem Duell in der Armee würde auch der Zweikampf innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft verschwinden.

Anstatt sich dem anzuschließen, führten die Gegner wieder einmal eine ihrer bekannten Duelldebatten auf, die schließlich breit und fruchtlos im Sande verlaufen.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 19. August.

*** Reichsstatistische Erhebungen in Fuhrwerksbetrieben.**

Nach langem Zaudern hat sich bekanntlich die Reichsregierung entschlossen, über die Arbeitsverhältnisse der Transport- und Verkehrsarbeiter Erhebungen zu veranstalten. Diese Erhebungen erstrecken sich aber leider nur auf einen Theil des Verkehrs- und Transportwesens, berücksichtigt werden nur jene Fuhrbetriebe, die für fremde Rechnung Personen oder Waaren transportieren. Die Masse der Fabrik- und Geschäftskutscher, die Bierfahrer u. sind von den Erhebungen ausgeschlossen. Das Gleiche ist mit sämtlichen Straßenbahnbetrieben, sowie den kommunalen und staatlichen Fuhrunternehmungen der Fall. Aber es werden nicht einmal alle Betriebe des privaten Fuhrwerks berücksichtigt. Nur etwa 10 Prozent dieser Betriebe sind in die Erhebungen einbezogen. Es handelt sich also nur um sogenannte Stichproben, die niemals ganz verlässliches Material ergeben können. Nur in den Kleinstädten und Dörfern sollen alle Betriebe berücksichtigt werden. Ob aber überhaupt in allen Kleinstädten und Dörfern Fragebogen ausgegeben werden sollen, ist noch sehr zu bezweifeln. Nach den bisherigen Erfahrungen bei anderen Enqueten dürfte dies nicht der Fall sein.

In den Großstädten wird nur ein kleiner Theil der Betriebe in die Erhebungen einbezogen. In Breslau gelangten im Laufe des gestrigen Tages — nach einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten — Fragebogen durch Schulleute „in den Bezirken der Polizeikommandantur VIII, XV, XVII und XIX, sowie für alle sonstigen im Stadtbezirk liegenden Fuhrwerksbetriebe mit mehr als 20 Hilfspersonen zur Ausgabe und zwar für die Hälfte der Betriebe an die Arbeitgeber, für die andere Hälfte an je einen erwachsenen Arbeitnehmer, und zwar in der Weise geschieden, daß die einzelnen Betriebe in die Reihenfolge gebracht werden, welche der alphabetischen Reihenfolge der Anfangsbuchstaben ihrer Firmen entspricht und daß sodann der ersten Hälfte dieser Reihe die Fragebogen für Arbeitgeber, der zweiten die Fragebogen für Arbeitnehmer zugewiesen werden.“ Weiter sagt die polizeiliche Bekanntmachung noch:

„In Betrieben mit mehreren Arbeitnehmern haben sich die Vertreter darüber zu einigen, wer von ihnen die Fragebogen befristet beantwortung in Empfang nehmen soll, andernfalls der Fragebogen dem am längsten in dem Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer ausgehändigt werden wird. Wo nur Vorkontingente beschäftigt sind, ist der Fragebogen stets von dem Geschäftsinhaber auszufüllen und zu unterzeichnen.“

Diese Fragebogen werden am 26. d. Mts., Vormittags, wieder abgeholt werden, und es ergeht an alle in Betracht kommenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer hiermit das Ersuchen, die ihnen zugestellten Fragebogen mit größter Sorgfalt auszufüllen und am 26. d. Mts., Vormittags, zur Abholung bereit zu halten.“

Gegen die Art und Weise, wie diese wichtige Erhebung veranstaltet wird, äußert die Leitung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands schwere Bedenken. Es heißt in dem uns übermittelten Organ des Verbandes, dem „Courier“, darüber u. A.

„Die Ausgabe der Fragebogen hat man vielfach der Polizei überlassen. Das war unserer Ansicht nach ein recht großer Mangel, Polizei und Fuhrleute sind Dank der herrschenden Verhältnisse Freunde wie Hund und Kotze. Wir können es wirklich einem Kutscher nicht verdenken, wenn er einem Polizisten, der ihm vielleicht schon zu einem Strafmandate verholten, auch bei der Uebergabe der Fragebogen nicht allzuviel Vertrauen entgegenbringt. Daß unter diesem Misträuen dann auch die Ausfüllung des Fragebogens leidet, ist nur zu begreiflich.“

Das Arbeitsamt hat wohl um ein recht objektives Resultat zu bekommen, die Fragebogen je zur Hälfte an Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgeben lassen. Wir befürchten aber, daß gerade durch dieses anscheinend objektive Verfahren das Ergebnis eine nicht der Wirklichkeit entsprechende schöne Farbe bekommt. In allen Betrieben, wo eine Einigung darüber, wer den Fragebogen auszufüllen soll, nicht zu Stande kommt — und das wird leider in recht vielen Betrieben der Fall sein — soll der am längsten im Geschäft Thätige das Amt

Nun ist es aber leider Thatsache, daß gerade in Fuhr- und Expeditionsbetrieben jene Leute, die am längsten bei einer Firma thätig sind, mit dem Unternehmer, sagen wir auf freundschaftlichem Fuße stehen und daher dessen Rath und Genehmigung zum Ausfüllen des Fragebogens einholen werden. Das ist umso mehr anzunehmen, als viele Fragebogen in den Komptoiren abgehoben worden sind. Da ist es dem Unternehmer recht leicht, den nöthigen Druck auf seine Leute auszuüben. Dazu kommt noch, daß die Fuhrleute und Kutscher, Dank der vielfach ausgezeichneten Fortschulbildung, die sie genossen, die gestellten Fragen nicht in ihrer Gänge und Tragweite verstehen und folgebesseren unbedeutlich und auch unrichtig beantworten werden.

Des Weiteren wird schon aus einigen Dingen, in denen die Ausfüllung der Fragebogen bereits erfolgt ist, berichtet, daß die Unternehmer ihre Leute nach dem Komptoir gerufen und ihnen dort die bereits ausgefüllten Fragebogen zur Unterschrift unterbreitet haben. An anderen Orten haben wieder die Fuhrleute gar keine Fragebogen erhalten, obwohl solche an die Unternehmer ausgegeben worden waren. Andere Unternehmer haben sich geweigert, die Arbeitnehmer einzulassen in die von ihnen ausgefüllten Fragebogen nehmen zu lassen. Lebhaftes Misträuen gegen das Ergebnis der amtlichen Erhebungen regt sich daher schon heute in den beteiligten Kreisen.“

Aus diesen Gründen hat der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter beschossen, eine Kontrolle der beregten amtlichen Erhebungen vorzunehmen. Er benutzt dazu das Schema der amtlichen Fragebogen und wird auch das Ergebnis seiner Enquete nach dem amtlichen System verarbeiten. Mit dem Hinweis darauf, daß die deutsche Arbeiterschaft ein eminentes Interesse daran habe, daß die von der Regierung über Arbeiterverhältnisse irgend welchen Berufes veranstalteten Erhebungen auch Ergebnisse zeitigen, die den Thatsachen entsprechen, fordert der Verband nun auch jeden Leser der „Volkswacht“, der in Fuhrwerksbetrieben bekannt ist, auf, seine Arbeitskraft in den Dienst der guten Sache zu stellen und so weit es möglich, mitzuhelfen, damit die vom Verbands aufzunehmende Enquete eine genaue Kontrolle der Regierungserhebungen ergibt. Der Erfolg der Arbeit kommt der Gesamtarbeiterschaft zu Gute. Fragebogen verlangt man von D. Schumann, Berlin SO. 16, Gewerkschaftshaus. Derselbe ertheilt auch weitere Auskünfte. Unkosten werden selbstverständlich vergütet.

An unsere Frauen!

Nach Beendigung des großen historischen Romans „Die Falkner von St. Vigil“ machen wir unsere Leserrinnen und Leser mit einem Romane bekannt, der sie sicher aufs Neue an unser Blatt fesselt. Die Verfasserin ist unsere Abonnenten eine alte und gute Bekannte. Sie ist allgemein in Kreisen der Kunstmann als die beste deutsche Dichterin der Gegenwart auf dem Gebiete der erzählenden Prosa bekannt. Ihr Roman „Rheinlandsdächter“ wurde im vorigen Jahre erst in unserem Blatte veröffentlicht und der große und allgemeine Beifall, den er fand, wird sich in gesteigertem Maße auf das Werk übertragen, das wir unseren Leserinnen und Lesern jetzt vorlegen werden. Wir meinen:

Das tägliche Brot

von Clara Wiebig.

Die Dichterin ist hier wieder in ihrem Element. Ihr künstlerisches Auge sieht das Volk, wie es im harten Kampf ums tägliche Brot sich müht und plagt. Düstere Bilder aus dem Leben der Enterbten ziehen an uns vorüber, aber auch Bilder köstlichen Humors, so wie sie das Leben heute dicht an einander reibt. Clara Wiebig führt uns mit diesem Roman auf das Pflaster der Großstadt Berlin. Wir begleiten ein Dienstmädchen, ein braves, ehrliches Ding, als Hauptperson des Romans bei ihren Berliner Schicksalen und wir sehen und spüren, wie sehr die Dichterin hier mit ihrem Griff aus dem Leben schöpft. Mit diesem Roman hat Clara Wiebig von Neuem bewiesen, daß sie Großes kann und daß sie den Verschlag des Volkes versteht. Wer von unseren Leserinnen selbst in der Großstadt gebirt hat, wird an mancher Stelle des Romans eigene Erinnerungen wachgerufen finden. So hoffen wir denn, mit diesem Romane unseren Leserinnen und Lesern eine große Freude zu machen, die sie uns durch eifrige Abonnentenwerben wieder vergelten können.

*** Der Streik der Tischler bei Kuppele ist beendet und zwar zu Gunsten der Streikenden.**

Diesem Streik sind ihre Forderungen bewilligt, insbesondere werden zukünftig die Affordsätze genau nach den Vereinbarungen von 1900 festgesetzt werden. Die Arbeit wurde heute Morgen wieder aufgenommen.

*** Zur Schiffszimmererbewegung.**

Wie uns nachträglich mitgeteilt wird, hat auch Herr Schiffsbaumeister Jinger die Erhöhung des Stundenlohnes auf 39 Pf. bewilligt.

*** Ueber die Arbeiterverhältnisse an den staatlichen Eisenbahnen sind oft schon sehr bedauerliche Dinge veröffentlicht worden.**

Uns wird jetzt wieder Folgendes mitgeteilt:

Die Güterbodenarbeiter von der Märkisch-Freiburger Eisenbahn, über hundert an der Zahl, sind gegenwärtig in einem harten Konflikt mit der Verwaltung. Die Arbeiter erhielten bisher 2.40 Tagelohn, die Vorarbeiter 2.80 Mk. Nachdem der Herr Inspektor auf Urlaub gegangen, giebt es auf Anordnung des Herrn Verkehrs-kontrollieurs plötzlich nur noch Tagelöhne von 2 Mk. bis 2.20 Mk., Vorarbeiter 2.40 Mk. Die Arbeiter haben sich geweigert, diesen Lohn anzunehmen, ohne aber die Arbeit niederzulegen. Darauf hat der Herr Verkehrs-kontrollieur die für die Löhnung bestimmte Summe der Kasse überwiesen mit dem Bemerkten, die Leute könnten sich ihren Lohn dort abholen. Höheren Lohn gebe es keinesfalls. Wenn man bedenkt, daß die Güterbodenarbeiter täglich zehn Stunden schwer arbeiten müssen, sehr oft Ueberstunden haben, dafür aber niemals bezahlt werden, selbst wenn sie Nachts arbeiten müssen, dann muß man eine solche Löhnung für erwachsene Arbeiter und Familienväter unerhört niedrig finden. Und für solche Arbeitsstelle müssen die Leute noch je 30 Mk. Kaution stellen. Die Löhne sind so schlecht, daß die Eisenbahnverwaltung sich garnicht beklagen darf, wenn so bezahlte Arbeiter der Verjudung erliegen und zu Dieben werden, wie es ja mehrfach leider vorgekommen ist.

* Zur Feier der Einweihung des neuen geschmiedeten Saales im „Gewerkschaftshaus“ hatte gestern Abend der Wirth uneres Heims Freunde und Genossen eingeladen. Dieser Einladung war mancherlei Befürchtungen widerlegend, eine ansehnlich große Anzahl von Genossen gefolgt, die den Abend auch in köstlicher Stimmung verlebten. Herr Direktor Küster hatte für ein prima Konzert Sorge getragen und neben ihm boten die Sänger der Arbeiter-Gesangvereine dem Gehör, die Arbeiter-Abfahrer und Arbeiter-Turner der Schaulust reichliche Befriedigung. An das nach jeder Richtung hin vorzüglich erlebte Programm schloß sich in vorgerückter Stunde ein Kränzchen.

Anschließend an den Bericht von dieser Feier, die jeden Teilnehmer befriedigt hat, möchten wir den Gewerkschafts- und Parteigenossen in führenden Stellungen einige Bemerkungen über Arrangierung von Festen zur Erwägung anbringen. Viele Vereine verschwenden bei ihren Vergnügungen einen großen Theil ihrer Zeit und wohl auch ein erhebliches Geldsummen an die mangelhafte Darstellung von Theaterskizzen durch Dilettanten und wohl auch für den Vortrag von Komplets, deren Inhalt sehr oft äußerst dümm und dämlich ist, manchmal aber auch in unpassender Weise fernlie Dinge behandelt. Vergleichen Darbietungen, selbst wenn viel Mühe daran verwendet wird, und bei der Auslese der Vorträge Vorzicht gewaltet hat, können von unseren schwachen Kräften immer nur äußerst mangelhaft gegeben werden. Das hat sich auch bei Parteifesten schon gezeigt. Sorge man lieber für ein wirklich gutes Konzert, das ja jetzt für die Breslauer Arbeiter nicht schwer zu erreichen ist, für ein paar gut vorgetragene Reden und lasse den Kompletmumpy möglichst bei Seite. Leubungen, die von Körperkraft und Gewandtheit Zeugnis ablegen, wie die der Radfahrer und Turner, werden immer als eine schätzenswerthe Ergänzung des Programms gelten, sie fallen natürlich nicht unter die hier kritisierten Bestimmungen. Die gestrige Einweihungsfeier hat unseres Erachtens diese unsere Ansicht bestätigt.

Schließlich möchten wir dabei gleich noch auf einen zweiten Mangel hinweisen, den die Genossen auszuweichen trachten sollten, es ist die Unruhe des Publikums während des Konzerts. Die Mitglieder der Kapelle geben sich Mühe, etwas Gutes zu bieten und schon aus Achtung vor der fleißigen Arbeit der Musiker müssen sich die Hörer etwas Mühselig beim Sprechen auflegen. Wir wollen dabei gar noch nicht von der Rücksichtslosigkeit gegen den Nachbar reden, die darin liegt, daß man auch ihm den Genuß der Konzertsitze durch allzuheulendes Sprechen verkürzt. Hier sollten die fortgeschrittenen Genossen und deren Angehörige mit gutem Beispiel vorangehen.

*** Zu der Konferenz unserer oberschlesischen Parteigenossen**

schreibt der Vertreter der polnisch-sozialistischen Partei auf dieser Konferenz, Binischkiewicz, daß sein und Trombalskis Verhalten in dem Bericht nicht richtig dargestellt sei. Ihre Erklärung, auf ihrem Standpunkt verharren zu müssen, habe sich nur bezogen auf das Ansinnen, die Oswieccimer Konferenz zu annullieren. Dazu wären sie nicht berechtigt gewesen. Zu einer Einigung hätten sie sich insoweit bereit erklärt, daß sie gegen eine andere Besetzung von Lublitz-Tost-Gleiwitz und Ratibor, wo bisher schon deutsche Genossen kandidirten, nichts einzuwenden hätten, wenn die deutschen Genossen mit ihnen solidarisch handeln wollten. Dagegen würden sie von ihren für Weuthen-Tarnowitz und Kattowitz-Jabrze aufgestellten Kandidaten nicht abgehen, weil die große Masse der Wähler durchaus polnische Kandidaten wünsche.

Demgegenüber müssen wir erklären, daß eine Bereitwilligkeit zur Einigung auf der Konferenz von keinem der beiden polnischen Vertreter ausgesprochen wurde, vielmehr von diesen ausdrücklich die Anerkennung der Oswieccimer Konferenz gefordert worden ist.

Wenn die polnischen Genossen jetzt etwa zu einer Verständigung geneigt sind, soll es an den deutschen gewiß nicht fehlen. Freilich wird eine solche Verständigung nicht auf der Grundlage erzielt werden, daß die beiden besten oberschlesischen Wahlkreise den Polen überlassen bleiben. Wie 1898, so muß auch 1903 der Wahlkreis Weuthen-Tarnowitz dem deutschen sozialdemokratischen Kandidaten verbleiben.

Daß, wie Binischkiewicz behauptet, die große Masse der Wähler in Weuthen und Kattowitz durchaus polnische Kandidaten wünscht, ist jedenfalls nicht so leicht zu beweisen, wie es behauptet worden ist. In Weuthen z. B. kandidirte 1898 kein einziger Pole und doch wurden von rund 55,000 Wählern 33,000 Stimmen abgegeben; in Kattowitz stimmten von den 50,000 Wählern 20,265 für den deutschen Zentrums-kandidaten, den Amtsgerichtsrath Letocha in Berlin, und nur 9829 für den polnischen Sozialisten Morawski. Die Verufung auf die große Masse der Wähler ist also nicht gerade sehr beweiskräftig für die Betonung des nationalen Elements.

*** Keine Cholera, sondern — Brechdurchfall.**

Durch Vermittelung des Wolff'schen Telegraphenbureaus demontirt die Posener Behörde die Nachricht von der choleraartigen Epidemie in Posen in folgender Weise:

„Die von auswärtigen Blättern verbreitete Nachricht, daß hier die Cholera oder eine choleraartige Krankheit herrsche, beruht auf Täuschung. In einem Theile der Unterstadt hat vor einiger Zeit Brechdurchfall grassirt, der zu zahlreichen Erkrankungen führte, gegenwärtig aber bereits im Erlöschen begriffen ist.“

Diesem Dementi gegenüber muß betont werden, daß die „auswärtigen Blätter“ nicht von Cholera, sondern von Cholerae gesprochen haben. In der medizinischen Schulsprache bedeutet aber Cholerae genau dasselbe wie Brechdurchfall. Für Laien sei bemerkt, daß z. B. in Wiener's Konversationslexikon, fünfte Auflage, Band IV, Seite 102, unter der Ueberschrift „Die einheimische Cholera“ wörtlich zu lesen ist:

„Die einheimische C. (Brechdurchfall, Brechlois, Cholerae C. nostras s. europaea, sporadica.“)

Die „auswärtigen“ Blätter haben den Ausdruck Cholerae gebraucht, amtlich wird der Ausdruck Brechdurchfall gewählt — sachlich handelt es sich um dieselbe Krankheit. Amlich wird weiter gesprochen von einem Grassiren der Cholerae, Bardou des Brechdurchfalls, von zahlreichen Erkrankungen.

Daß die Epidemie im Erlöschen begriffen ist, freut uns aufrichtig. Vielleicht wird indeß jetzt, da es gelungen ist, eine amtliche Erklärung zu veranlassen, alsbald eine genaue Statistik veröffentlicht werden, damit man erfährt, welchen Umfang die Epidemie angenommen hatte und welchen Umfang sie jetzt noch, vor dem völligen Erlöschen hat; denn vorläufig ist sie erst im Erlöschen begriffen.

Daß die Cholerae in „Dörfchern“ begründet ist, sagt die medizinische Wissenschaft. Daß sie mit der in Posen herrschenden Cholerae zusammenhängt, haben wir schon ausgeführt, was un-

überlegen schlecht situierte, schlecht genährte Familien betroffen hat. Hoffentlich wird durch die baldige Öffnung der Grenzen der Ernährungsstand der breiten Massen in Deutschland wieder ein wenig gehoben.

Ueber einen Grubenbrand, der sich gestern Nachmittag auf der „Consolidierten Heintzgrube“ bei Beuthen (Oberschles.) ereignete, wird berichtet:

Gestern Nachmittag brach auf der Consol. Heintzgrube ein Grubenbrand aus, während die etwa 100 Mann stark Besatzung sich unter Tage befand. Man beschickte eine Katastrophe und leitete sofort ein großes Rettungswerk ein. Es gelang alle Mannschaften herauszubefördern. Bei etwa 10-12 Vergleiten hatte der Rauch derart gesundheitschädlich gewirkt, daß sie in Kämpfe verfielen und ohnmächtig nach oben geschleppt wurden; es gelang jedoch, sie wieder ins Leben zurückzurufen, so daß keine Leiche oder schwerverletzte dabei zu beklagen sind. Der Brand selbst ist nicht bedeutend; man ist eifrig bemüht, ihn einzudämmen, und hofft, noch im Laufe der Nacht damit fertig zu werden.

Vom ärztlichen Ehrengericht. Durch rechtskräftiges Urteil des ärztlichen Ehrengerichts für die Provinz Schlesien zu Breslau sind nach der „Dresdener Zeitung“ drei Ärzte je mit einem Beweise bestraft worden, weil sie eine Arztstelle bei einer Kasse durch Beschäftigung des Rentanten sich verschafft hätten.

Es wäre interessant, die Namen der Ärzte wie den des bestechlichen Rentanten zu erfahren.

Lehrer und Trunksucht. Die Kreislehrer-Konferenz in Grünberg beschloß im Anschluß an das von der Königl. Regierung zur Beratung gestellte Thema über den Alkoholismus an die hierbei in Betracht kommenden Polizeigewalten folgende Resolution zu richten: „Die heute versammelte Konferenz erkennt an, daß die Schule ein wichtiger Faktor bei der Bekämpfung der Trunksucht ist, hält es aber auch für unerläßliche Pflicht des Staates, hier wirksamer als bisher durch die Gesetzgebung mitzuhelfen, indem der Verkauf in den öffentlichen Schankstätten, besonders an Sonn- und Feiertagen beschränkt, und der Ausschank an Schulförder überhaupt verhindert werde.“

Die künftliche Beschränkung des Verkaufs dürfte die Hoffnungen der Herren Lehrer nicht erfüllen.

Unfälle. Am 17. d. Mts., Abends, stürzte auf der Schwertstraße ein pensionierter Eisenbahnportier zu Boden und zog sich eine schwere Kopfverletzung zu. Ein Maurerlehrling stürzte in einem Neubau auf der Michaelsstraße durch ein Leiterloch und erlitt einen Schlüsselbeinbruch sowie eine schwere Halswunde. Diese Verwundungen fanden in der königl. Klinik Aufnahme.

Blutlich erkrankt. Am 18. d. Mts., Mittags, erlitt auf der Hauptstraße ein unbekannter Mann einen Schlaganfall. Nachdem ihm Feuerwehmannschaften Hilfe geleistet hatten, wurde er in einem Krankenwagen der Anstalt an der Einbaumstraße angefahren. Ein Dienstmädchen wurde auf einem Spielplatz im Scheinwerferpark in hilflosem Zustande aufgefunden und in der königl. Klinik untergebracht.

Lebenswunde. Am 6. d. Mts. brachte sich in Feistern ein Stellenbesitzer in betrunkenem Zustande mit einem Messer tiefe Schnittwunden am Halse bei. Er wurde in das Kranken-Institut der Barmherzigen Brüder gebracht, wo er am 15. d. Mts. gestorben ist.

Glühender Eifer schadet nur. Am 17. d. Mts., Abends, ergoß ein Schneider in seiner Wohnung (Dresdenerstraße 22) die brennende Lampe und schickerte sie zu Boden, so daß ein Stubenbrand entstand, der aber noch vor Ausbruch der Feuerwehre durch Hausbewohner gelöscht worden war. Inzwischen hatte der Tobende auch noch eine schwere Majestätsbeleidigung ausgeübt. Er wurde in Haft genommen.

Zusammenstoß. Freitag Abend kollidierte auf dem Festungsplatz ein Automobil, das auf der linken Seite des Fahrdammes fuhr, mit einem raschfahrenden Hauskutter. Hierbei wurde das Fahrrad erheblich beschädigt.

Alarmierung der Feuerwehr. Am 16. d. Mts., Abends, wurde die Feuerwehr wieder einmal ohne Ursache alarmiert. Sie wurde nach dem Haupt-Döhlenerstraße 84 gerufen, wo am Tage vorher ein Wasserrohrbruch eine große Ueberschwemmung angerichtet hatte. Rauch, der aus dem Keller hervorquoll, gab Jemandem Veranlassung zu dem Alarm. Wie sich jedoch herausstellte rührte der Rauch von den zur Probierung aufgestellten Kesseln her, so daß die Feuerwehr, ohne in Tätigkeit zu treten, wieder abrufen mußte.

Feuer. Am 16. d. Mts., Abends, wurde die Feuerwehr nach Köchlingsstraße 17 gerufen, woselbst in einer Wohnung eine Lampe erloschen war. Am 17. d. Mts., Vormittags, machte sich in dem Hause Schübbrücke 16 eine sehr starke Rauchentwicklung bemerkbar. Die Feuerwehr stellte fest, daß es sich nur um zurückgewandten Rauch handelte. Am kommenden Tage wurde die Feuerwehr nach Königsstraße 2 gerufen, ohne daß eine Gefahr vorlag. In einem Geschäft dahelbst hatten Gefäße mit brennendem Mottenspulver gestanden, die starken Rauch entwickelten.

Gefahren wurden: aus einer Wohnung auf der Kaiser-Nibelstraße durch Einbruch ein Brillantring, ein Armband mit blauen Steinen und mehrere Geldstücke, einem Dienstmädchen von der Karlsstraße ein granblaues Kleid und ein schwarzer Hut, einem Arbeiter in einem Restaurant auf der Hauptstraße eine silberne Taschenuhr, einem Restaurateur auf der Neuen Schwabenstraße aus dem Buffet ein photographischer Apparat und einem Kompositionisten auf der Schleißstraße ein Fahrrad, Marke „Demont“.

Festgenommen wurde ein Schutzwächter, der einem Arbeiter in einer Restauration auf der Stadtpaße ein Portemonnaie mit Inhalt gestohlen hat.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 16. und 17. d. Mts. 53 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: eine Remontuhr, drei Bücher, ein goldenes Fingerring, ein Ring mit rothem Stein, zwei Fächer und Wäpche und ein Zehlfingerring. — Abhandelt wurden: eine goldene Remontuhr mit Stahlkette, ein schwarzer Damenregenschirm und ein Portemonnaie mit 28 M.

Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung hatte der Deutsche Metallarbeiterverband für die in der Hofmannstraße wohnenden Kollegen in der Saal der „Stadt-Ballenstedt“ einberufen. Der Einberufer, Kollege Kordigke, eröffnete die Versammlung mit der Erklärung, man habe diesmal nicht das Gewerkschaftshaus aus dem bekannten Grunde gewählt, weil man den Jubilanten, welche den besten Weg nach dem Gewerkschaftshaus kennen würden, Gelegenheit geben wollte, eine ihnen bequem liegende Versammlung zu finden.

Das Referat über das Thema: „Der Deutsche Metallarbeiterverband und seine Gegner“ hatte der Bezirksleiter, Kollege Schlegel, übernommen. Der Redner wies darauf hin, daß es gerade in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges nötig sei, sich seine Gegner genau anzusehen und an ihnen die Stärke der eigenen Organisation zu messen. Der Metallarbeiterverband habe Freunde und Feinde. Seine Gegner sind zu finden in den Reihen der Unternehmer und ihrer Organisationen, Feinde sind die Behörden, und Feinde finden wir insbesondere unter den übrigen Berufsorganisationen der Metallarbeiter. Wenn wir uns hauptsächlich die Letzteren ansehen, so müssen wir uns fragen, warum es denn nicht möglich ist, daß trotz jahrelanger Arbeit eine Einheit in der Organisation erzielt werde. Das liegt zunächst an unserer ganzen politischen Verhältnisse, die darauf hinausgingen, die Kräfte der Arbeiterschaft zu zersplittern und dann zu vernichten. Trotz aller Fährnisse und Schwierigkeiten, welche auf diese Weise der Entwicklung des Metallarbeiterverbandes sich entgegenstellten, ist derselbe auf eine Höhe gelangt, auf der er an Leistungen sozial ja bieten vermag, daß keine andere Organisation, insbesondere nicht der Dirsch-Dundersche Gewerksverein der Maschinenbauer, auch nur annähernd an diese Leistungen heranzukommen im Stande ist. Die Gewerkschaft unter den Berufsangehörigen ist deshalb unverständlich. Bei den Unter-

nehmern könne man sie allerdings begreifen. Da sei sie in der ganzen sozialen Stellung, die sie zu natürlichen Gegnern der Arbeiter mache, begründet. Von einer Harmonie oder Interessengemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeiter, wie sie mit Vorliebe die Dirsch-Dunderschen predigen, könne gar keine Rede sein. Auch Kartellgemeinschaften, die von unseren Gegnern immer als Beweis für ihre Harmonielehre ausgespielt werden, sind nur ein Ausdruck der Macht der Organisationen. Je stärker die eine der beiden der Vertrag abschließenden Organisationen sei, um so größer die Vorteile, welche sie für ihre Mitglieder erwirke. Gerade hier in Schlesien könne man es erfahren, daß von einer sogenannten Harmonie nicht die Rede sein könne. Und in Schlesien könne man auch beobachten, was die Dirsch-Dunderschen Gewerksvereine für die Arbeiterschaft zu leisten, oder besser, nicht zu leisten im Stande seien. Hier hätten sie eine äußerliche Stellung, Unternehmer und Werkmeister zählten zu ihren Feinden, sie könnten etwas erreichen, aber noch nirgends, wo sie Einfluss hätten, sei eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu beobachten gewesen. In Ratibor, wo der Dirsch-Dundersche Verein der Maschinenbauer eine ansehnliche Macht besitze, seien am letzten Sonnabend die Formen der Firma Ganz u. Kompagnie, deren Werkmeister Dirsch-Dundersche Gewerksvereiner seien mit einem Wochenverdienst von 3 bis 5 Mark nach Hause gegangen. Eben weil diese Vereine nichts für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gethan hätten, eben deshalb hätten sie das Recht vermisst, als Arbeiterorganisationen in modernem Sinne anerkannt zu werden. Ähnlich wie mit den Dirsch-Dunderschen Gewerksvereinen stehe es mit den christlichen Organisationen und den kleinen Fachvereinen, die noch hier und da ihr kümmerliches Dasein fristen. Wenn nicht noch mehr Noth und Elend in den Kreisen der Metallarbeiter um sich greifen soll, dann sei der Zusammenschluß aller Berufsangehörigen in einer Organisation nötig. Wenn bisher noch nicht so viel erreicht worden sei, als erreicht hätte werden müssen, dann liege die Schuld nur an der Zersplitterung. Diese Zersplitterung könne aber nur durch die Stärkung des Metallarbeiterverbandes beseitigt werden.

In der Diskussion verurtheilte der Agitationsleiter der Dirsch-Dunderschen Gewerksvereine Schlegels, Herr Neustadt-Striegau, und ein anderes Mitglied dieses Vereins die Tendenzen ihrer Organisation gegen die Angriffe Schlegels zu verteidigen, sie fanden aber mit ihren Ausführungen nur bei ihnen in einer Stärke von 30 Mann erschienenen Mitgliedern Anklang. Nach einem Schlussworte Schlegels wurde darauf mit allen gegen die Stimmen der Dirsch-Dunderschen folgende Resolution angenommen:

Die heute im Saale der „Stadt Ballenstedt“ versammelten Metallarbeiter sind mit den Ausführungen des Referenten, Kollegen Schlegel, einverstanden. Insbesondere kann die Versammlung in den Dirsch-Dunderschen Gewerksvereinen nicht diejenige Organisation erblicken, welche geeignet ist, die Lage der Arbeiterschaft wirklich zu verbessern.

Die Versammlung erklärt, nur eine solche Organisation, welche als Kampforganisation gegen das Unternehmertum rücksichtslos für die Ertragung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen eintritt, als eine den Interessen der Arbeiter dienende ansehen zu können.

Als eine solche Organisation betrachtet die Versammlung nicht den Dirsch-Dunderschen Gewerksverein der Maschinenbauer, sondern einzig den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Die Versammlung verurtheilt durch ausdrückliche Unterstützung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, als der einzigen leistungsfähigen Organisation der Metallarbeiter, für eine wirkliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten.

Darauf wurde die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband, in dem das dünne Gurrath der Dirsch-Dunderschen erlosch, geschlossen.

Ergebnis, 14. August. Ueber die Kaninchenplage wird dieses Jahr besonders in Obernigk sehr geklagt. Allein der Gaimirich Klein dafelbst bejagt seinen Schaden auf 700 bis 800 Mark. Eine Spargelanlage ist fast vollständig zerstört, von einem Morgen Hafer ist die Hälfte ganz verschunden, während die andere Hälfte nicht das Geringste lobnt; von sechs Morgen Roggen ist ebenfalls fast die Hälfte ganz vernichtet, die andere Hälfte im Halbe zum größten Theil durchbissen. Die Rischbäume sind zumest am Stamme angegriffen, und zwar derart, daß dieselben kaum zu halten sein werden. Hierzu kommt noch, daß die Neubestellung des Aders durch die vielen Kaninchenbaue und Röhren für das Angespänn nicht ungefährlich ist.

Striegau, 17. August. Unfall Belohnung. Auf der Haidauerstraße hier wurde der 13-jährige Sohn des Steinarbeiters R. Schimble von hier von einem Radfahrer, dem Arbeiter Schrotz aus Haidau, umgefahren, wobei der Knabe einen Beinbruch erlitt. Der Radfahrer trägt infolgedessen die Schuld an dem Unglück, weil er sich nicht, als er schon nahe an dem Knaben war, und dieser vor Schreck nicht wehrte, wo er hindretten sollte. — 20 Mark Belohnung hat die hiesige Polizeiverwaltung für die Ermittlung desjenigen aus, der mutwilliger Weise einen Baum an der neuen Promenade umgebrochen hat.

Beerdigung i. R. 18. August. Armeelieferung. Der Firma Julius Erner, welche hier ein Dampfagewerk besitzt, ist die Lieferung des gesammten Bedarfs an Brennstoff und Badmaterial für die Armeekasernefabrik übertragen worden. Hoffentlich geben die Arbeiter der Firma nicht leer aus bei dem Geschäft, welches dem Erner in Folge dieses Auftrages machen wird.

Bunzlau. Eine neue Submissionsblätte erlassen die Anstalten im Kanalbauamt eingegangenen Angebote auf der Erd-, Maurer- und Abbrückungsarbeiten zum Bau eines gemauerten Brunnens eines Döhlensamals, die dem Magistrat in Bunzlau am Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden. Es waren 6 Angebote eingegangen, die sich zwischen 2500 und etwas über 1500 M. bewegten.

Bunzlau, 17. August. Zum Thiermörder Morde. Der Wirthschaftsbesitzer Kopyna, welcher schon eine ganze Reihe von Gefährlich- und Zuchthausstrafen abgehört hat und nun dringend verdächtigt ist, die Wittwe Kopyna in Ober-Döhlendorf in einer Sonnabendnacht des Juli erschlagen zu haben, befindet sich noch immer in Haft. Er wird sich demnächst vor dem Görlitzer Schwurgericht zu verantworten haben.

Beuthen O.S., 17. August. Bergeliche Mähen. Am Sonntag sollte hier im „Bürgergarten“ ein Fest der Arbeiter von Beuthen und Umgebung besprochen werden. Die einmaligen Arbeiter erkrankten dann in ähnlicher Anzahl, von Kausenheimer Wobach verlor zu adert die Statuten des neuen Vereins. Nach Verlesung kam es schon zu förmlichen Debatten. In längerem führte Genosse Biala dann die Vorteile und Schwächen des deutschen Maurerverbandes den Anwesenden vor Augen, was auf die Schalen bin, welche die Zersplitterungen der Kräfte im eigenen Lager herbeiführen, und forderte die anwesenden Vorkämpfer auf, sich central zu organisieren. Seine Ausführungen wurden wiederholt durch Bravo- und Murrgeräusche unterbrochen und zog dann Herr Unternehmer Wobach mit seinen Statuten und seinen zwei übrig gebliebenen Delegirten unter stürmischem Hallo zum Thore hinaus. Die übrig gebliebenen Arbeiter schloßen sich dann dem Zentralverband an, so daß wir hier in der Centrale des Reichsverbandes 9 Mitglieder in der Beuthener Zahlstelle des D. M. V. haben.

Neueste Nachrichten.

Vom Droschkenführerstreik.

Montag Abend fand eine Versammlung der Fuhrherren und der Droschkenführer statt, in welcher ein Angebot des Polizeikommandos Stannum angenommen wurde, wonach für den Fall, daß die Fuhrherren sofort wieder angenommen würden, die neue Droschkenordnung erst am 1. Januar 1903 in Kraft treten soll und Fuhrherren und Droschkenführer Gelegenheit geboten würde, sich gegen die neue Verordnung beim Senat zu vertheidigen. Die Versammlung verlief sehr erregt und endete ohne Resultat. Die Verhandlung wurde

auf Dienstag Vormittag vertagt. Die Stimmung der Droschkenführer war gegen das Anerbieten. Sie verlangen eine bündige Erklärung vom Senat.

Der Verein Hamburger Fuhrherren beschloß nach einer Besprechung mit Senator Stammann, alles daran zu setzen, daß in der morgen stattfindenden gemeinsamen Versammlung der Fuhrherren und Fuhrer die Wiederaufnahme des Betriebes beschlossen werde, und, falls ein solcher Beschluß abgelehnt werden sollte, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Wiederaufnahme des Betriebes zu erzwingen.

Der Bar fand am letzten Freitag auf seinem Schreibtisch einen Brief vom revolutionären Zentral-Komitee, enthaltend die Warnung, daß, falls er dem bürokratischen Moloch noch weitere Gelationen ungeschuldiger Opfer in den Hals werfe, die Rache des Volkes die Waffe direkt gegen ihn richten werde. Dem schnell herbeigerufenen Minister des Innern, von Plehwe, soll der Bar gesagt haben: „Wozu habe ich einen Minister des Innern und warum gebe ich jährlich 100 Millionen Rubel für die Geheimpolizei aus, wenn mich ein paar junge Leute zum Narren halten können?“

Neuer Vulkanausbruch. Die Vulkanausbrüche haben zwischen dem 13. und 15. August eine Insel der sich nördlich von der Dominikinsel hinziehenden Kette, die Insel Torishima vermistet. Die ganze Bevölkerung, bestehend aus 150 mit der Guano-förderung beschäftigten Leuten ist umgekommen. Unterfeische Eruptionen machen jede Annäherung an die Insel gefährlich.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 15. August. Heiraths-Ankündigungen. IV. Schneider Hermann Kurof, ev., Heinrichstraße 2, und Hedwig Mehrfort, kath., Auguststraße 53. Geburten. III. Ruffner Franz Zente, evang., I. — Arbeiter Wilhelm Krauss, ev., I. — Maurer Hermann Ulrich, ev., I. — Ruffner Ernst Neumann, kath., I. — Fensterputzer Paul Schumann, ev., I. — Schuhmacher Max Bänisch, ev., I. — Schuhmacher Traugott Rabierich, ev., I. — Ruffner Gustav Münch, ev., I. — Arbeiter Wilhelm Bräpilla, ev., I. — Tischler Paul Schröder, ev., I. — Müller Berthold Wurst, evang., I. — Bildhauer Georg Hellmann, ev., I. — Schlosser Gustav Kupin, ev., I. — Arbeiter Franz Tschöpe, kath., I. — Arbeiter Josef Thiem, kath., I. — Tischler Karl Kaiser, ev., I. — Schriftföher Max Erdmann, ev., I. — Arbeiter August Menzel, kath., I. — Portier Adolf Korn, evang., I.

Briefkasten. S. G. Ohlau. Immer und immer wieder müssen wir unsere Korrespondenten und die Schriftföher von Vereinen u. a. auf-fordern, bei Berichten das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben! Es ist ganz unbegründet, daß man diese so einfache Vorschrift nicht beobachtet. Wir werden in Zukunft derart unbrauch-bar gemachte Berichte einfach dem Papierkorb überweisen!

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 19. August: Holzarbeiter-Verband. Versammlung im großen Saale. Putzmacher-Versammlung. Zimmer Nr. 1. Droschkenführer-Versammlung. Zimmer Nr. 2. Glaser-Verband. Zimmer Nr. 6. Mittwoch, den 20. August: Arbeiter-Mafahrer-Verein. Zimmer Nr. 2. Maurer-Gesang-Verein. Zimmer Nr. 3. Donnerstag, den 21. August: Öffentliche Holzarbeiter-Versammlung im großen Saale. Maler-Verband. Zimmer Nr. 2. Former-Gesangverein. Zimmer Nr. 3. Freitag, den 22. August: Holzarbeiter-Verband. Zimmer Nr. 1. Männer-Gesang-Verein „Vorwärts.“ Zimmer Nr. 3. Sonnabend, den 23. August: Stiftungsfest der Zimmerer.

Der Saal ist noch frei: Sonnabend, den 1. November. Sonntag, den 7., 14., 28. September.

Versammlungen und Vereine.

Striegau. Zahlverein. Sonntag, den 24. August: Versammlung in der „Bierwelle“. Zahl-reiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Neues Sommer-Theater.

Dienstag, den 19. August: Zum 32. Male: Alt-Seidelberg. Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Hörner. Anfang 8 Uhr. Mittwoch, den 20. August: Letztes Gastspiel des kgl. Hoftheaters Hermann Vallentin. Jrrwege der Liebe.

Sämmtliche Schneiderei-Artikel

für Herren- und Damen-Schneiderei offeriren z. billigt. Preisen Eugen Prager & Co. Herrenstraße 7. 992

Sonnabend, den 23. August:

Stiftungs-Fest

des Zimmerer-Verbandes im Saale des „Gewerkschaftshaus“ bestehend aus

Concert, humoristischen und Gesangs-Vorträgen.

Sommernachts-Ball

im neu parquettirten Saal. Gäste herzlich willkommen Der Vorstand.

M. Korn, Nicolaitstr. 63b, I. Stg. Billigste Bezugsquelle für Partic-Baaren u. Fabrik-Reste.